

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

5,18  
XXIV/219

Bonn, den 13. November 1965

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Unterschrift wird geleistet</u> Zur Bundestagsdebatte über den Atomsperrevertrag	50
- 3	<u>P E T I T I O N S A U S S C H U S S</u> "Die Hand am Pulsschlag des Volkes"	30
4	<u>"Einmalig in der Geschichte New Yorks"</u> Parteien nicht gefragt - Analyse einer Wahl Von Paul Neumüller, New York	47
- 6	<u>Erneute Kampagne gegen Jugoslawien</u> Die heftigsten Attacken kommen aus Ostberlin und Sofia Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	71

## Die Unterschrift wird geleistet

---

### Zur Bundestagsdebatte über den Atomsperrvertrag

sp - Die neue Bundesregierung wird in Bälde ihre Unterschrift zum Atomwaffensperrvertrag leisten. Sie verwirklicht damit die im Regierungsprogramm verkündete Absicht. Sie wurde noch bestärkt durch die aufgrund einer Großen Anfrage der CDU/CSU ausgelösten vielstündigen Bundestagsdebatte über einen universalen Vertrag, der wie kaum ein anderes Vertragswerk die Geister in aller Welt bewegte und bewegt und seit 1961 diskutiert wird. Sinn des Vertrages ist, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern und von der Menschheit die Gefahr eines durch Zufall oder durch die Bedenkenlosigkeit einer Regierung ausgelösten, alle vernichtenden Atomkrieges auf ein Mindestmaß zu reduzieren. 91 Staaten, Mitglieder der Vereinten Nationen, haben bisher ihre Unterschrift gegeben. Zu den nächsten Unterzeichnern wird auch die Bundesrepublik Deutschland gehören. Das gebietet ihr Interesse, sie befindet sich dabei in guter Gesellschaft.

Die Unionsparteien machen es sich hier besonders schwer. Einerseits bejahen sie grundsätzlich den Vertrag, andererseits konnten sie sich nicht zu einem klaren, alle Zweifel befreienden JA zur Unterschriftsleistung aufschwingen. Daß in der CDU/CSU darüber selbst unterschiedliche Auffassungen bestehen - verdeutlicht durch die Debattebeiträge von Stoltenberg, Birrenbach und des Freiherrn von und zu Müllenberg - erleichtert nicht gerade ihre Lage. Sie wollen gute Europäer und Atlantiker sein, doch gleichzeitig erwecken sie mit Begriffen wie "Ausverkauf Deutschlands", ein "Superversailles", von kosmischen Ausmaßen und von einer angeblichen antideutschen Tendenz des Vertrages Assoziationen, die an die düstersten Zeiten der Weimarer Republik erinnern.

Sie klettern da auf eine Leiter, deren Sprossen sich im Unendlichen verlieren. Wie wollen sie da weiterkommen? Wollen sie sich der Kälte ihrer Füßen aussetzen?

Zwischen Unterschrift und Ratifizierung liegt noch eine lange Zeit. Die Bundesregierung wird sie zur Klärung noch offener Fragen gewiß gut ausnützen. Die baldige Unterschrift erleichtert diese Klärung, befreit sie doch die Bundesrepublik von dem Verdacht, sie mache nur halben Marsch mit und wolle das Ganze auf eine unübersehbar lange Bank schieben - ein Verdacht, der die Gefahr der Isolierung enthält. Die feste Entschlossenheit der Bundesregierung im wohlverstandenen nationalen Interesse den als richtig erkannten Weg voranzuschreiten, beseitigt nun die durch das lange Zögern auch bei unseren Verbündeten entstandene Unsicherheit. Sie weiß sich in Übereinstimmung mit der Weltmeinung, obwohl sie vom Vertragswerk selbst keine Wunderdinge in einer Welt erwartet, die voller ungelöster Probleme steckt. Der Vertrag selbst ist, wie der Bundeskanzler sagte, ein Kompromiß, an dem auch Deutsche mitgewirkt haben, und zugleich das Optimum dessen, was erreicht werden konnte.

Die Bundesregierung sieht in Ruhe und vom Bewußtsein der Erkenntnis aller Elemente getragen der kommenden Ratifizierungsdebatte im Bundestag entgegen, die noch in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode erfolgen dürfte. Bis dorthin bleibt den Unionsparteien noch reichlich Gelegenheit, mit sich selbst über diesen Vertrag ins Reine zu kommen.

## P E T I T I O N S A U S S C H U S S

### "Die Hand am Pulsschlag des Volkes"

SP - Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat in einer der letzten Fraktionssitzungen nach der Bundestagswahl darauf hingewiesen, daß den Arbeiter des Petitionsausschusses des Bundestages mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden sollte. Die kürzlich verstorbene sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Helene Weesaei, jahrelang Vorsitzende des Petitionsausschusses, hatte sich der Arbeit dieses Gremiums des Bundestages stets mit größter Energie angenommen. Ihre Meinung war es, daß die Arbeiten des Ausschusses der Ausdruck eines der wichtigsten Postulate des demokratischen Staates sein müsse: Der Bürger soll nicht für den Staat, sondern der Staat für den Bürger da sein.

Immer wieder haben die Mitglieder des Petitionsausschusses feststellen müssen, daß zahlreichen vom Schicksal hart getroffenen Menschen nicht oder nur wenig geholfen werden kann, weil ihr "Fall" nicht durch ein bestimmtes Gesetz "gedeckt" ist. Die Kriegs- und Nachkriegsereignisse haben gerade in Deutschland dazu geführt, daß viele unserer Mitbürger unverschuldet in Not geraten sind. Unterliegen für Rentenansprüche sind verschwunden oder können erst nach sehr langwierigen Recherchen herbeigeschafft werden. Frauen, deren Männer noch heute als vermißt gelten, leben von Sozialhilfen, obwohl niemand daran zweifelt, daß der Vermisste - wäre er noch aufzufinden - bestimmte Ansprüche zu stellen hätte. Es gibt Tausende von Kindern, deren Gesundheit durch ein angeblich gefahrloses Medikament geschädigt ist. Familien mit geringem Einkommen, die sich aufopfern, um solche Kinder bei sich behalten zu können, geraten in Not.

Die Teilung Deutschlands, die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat hat Probleme entstehen lassen, die nur derjenige in seiner ganzen Tragweite erfährt, der selbst schon einmal in einer ähnlichen Situation war. Unfälle mit gesundheitsschädigenden Folgen, deren Auswirkungen erst mit zunehmendem Alter festgestellt werden, sind oft Anlaß für zermürbende Kämpfe um die Anhebung einer Rente.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses wissen ein Lied davon zu singen, wie schwierig es oft ist, in solchen Fällen Hilfe leisten zu können. Um sich einen Begriff von den Anforderungen zu machen, die an den Petitionsausschuß des Bundestages gestellt werden, sollte man sich einige Zahlen in Erinnerung rufen.

- \* Von 1949 bis Ende Mai 1964 haben sich 121.000 Einsender mit
- \* Einzelanliegen und etwa 800.000 mit Masseneingaben an den
- \* Bundestag bzw. an den Petitionsausschuß gewandt. Hinzu kommt
- \* eine nicht näher festzustellende größere Zahl von Eingaben mit
- \* mehreren Unterschriften.

Trotzdem die soziale Gesetzgebung seit 1964 verbessert werden konnte, ist auch in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Eingaben

nicht geringer geworden. Diese Fülle von Eingaben zeigt aber, daß die verschwiegene Not auch in der Bundesrepublik größer ist als die mitunter angesichts der blühenden Wirtschaft angenommen wird.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses wissen das durch die Eingaben gegenüber dem Parlament zum Ausdruck gebrachte Vertrauen zu würdigen. Jede einzelne Petition wird gründlich bearbeitet und zwar nach einer besonders, in der Geschäftsordnung des Parlaments niedergelegten Vorschrift. Oft muß in Einzelberatungen und anhand schwieriger Untersuchungen festgestellt werden, ob die vorhandenen Gesetze ausreichen, um in diesem oder jenem Fall helfen zu können.

Es stellt sich jetzt aber - fast 25 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges heraus -, daß Menschen einer bestimmten Altersgruppe, die noch vor wenigen Jahren glaubten, ihr Schicksal selbst meistern zu können, heute wegen ihres fortgeschrittenen Alters nicht mehr dazu in der Lage sind. Je deutlicher dies wird, umso mehr drängt sich die Überlegung auf, ob der Petitionsausschuß des Bundestages nicht auch das Recht erhalten sollte, bestimmte Gesetzesverbesserungen anzuregen. Natürlich kann jedes einzelne Mitglied des Petitionsausschusses dies jetzt schon auf dem Wege über seine Fraktion, durch eine Anfrage im Parlament oder durch einen Gruppenantrag tun. Das aber ist zunächst nur eine Hilfskonstruktion, die sicher nach einigen Überlegungen, die sich aus der Praxis der Arbeit des Petitionsausschusses ergeben, verbessert werden könnte.

Helene W e s s e l hat in diesem Pressedienst vor Jahren einmal zu diesem Problem geschrieben:

- \* "Für den Ausschuß und für den Bundestag als Gesetzgeber ist es von
- \* großem Nutzen durch die Petitionen zu erfahren, wie seine Arbeit
- \* im Volk aufgenommen wird, wo sich Lücken und Härten in den von
- \* ihm beschlossenen Gesetzen befinden, sich über die Tätigkeit der
- \* Verwaltung und andere Vorgänge zu informieren, Mißständen nachzu-
- \* gehen und Mängeln durch gesetzliche Regelungen oder Verwaltungs-
- \* maßnahmen abhelfen zu können. - Aus den Petitionen lernen Ausschuß
- \* und Volksvertretung die wirklichen Nöte und Bedürfnisse der Bürger
- \* kennen. Der Petitionsausschuß ist die höchste Stelle im Staate, wo
- \* der Bürger einmal sein Herz ausschütten kann. Jeder hat das Recht
- \* zu schreiben, wie es ihm ums Herz ist, und mancher schreibt, wie
- \* ihm der Schnabel gewachsen ist. Der Ausschuß hört die Stimme des
- \* Volkes und vernimmt die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes. Er ist
- \* damit wie kaum ein anderer Ausschuß des Bundestages ein Bindeglied,
- \* eine Kontaktstelle zwischen Bürger und Staat, eine Nahtstelle
- \* zwischen Gesetz und Mensch; er hat die Hand am Pulsschlag des
- \* Volkes".

Es mag sein, daß die Tätigkeit eines Abgeordneten im Petitionsausschuß nicht so spektakulär ist, wie in einem anderen Gremium des Parlaments. Das aber sollte kein Grund dafür sein, diese Tätigkeit geringer einzuschätzen. "Die Hand am Pulsschlag des Volkes" zu haben, gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines Abgeordneten.

## "Einmalig in der Geschichte New-Yorks"

### Parteien nicht gefragt - Analyse einer Wahl

Von Paul Neumüller, New York

Mit 981.810 Stimmen haben die New Yorker am 3. November 1969 ihr Stadtoberhaupt, Bürgermeister Lindsay, wiedergewählt. Seine Gegenkandidaten, Mario A. Procaccino, Demokrat, (821.924 Stimmen) und John J. Marchi, Republikaner, (544.758 Stimmen), konnten immerhin erreichen, daß Lindsay als "Minderheitsbürgermeister" sein neues Amt antreten muß.

Sehr interessant ist eine Analyse der Wahlergebnisse. "Arm und reich, keine Mittelklasse, der Schlüssel zu Lindsays Wiederwahl", schreibt die "New York Times" und veröffentlicht folgende Tabelle zum Wahlergebnis.

Bevölkerungsgruppe in Prozenten zur Einwohnerzahl	Verteilung der Stimmen		
	Lindsay	Procaccino	Marchi
Juden	30 %	44 %	12 %
Neger	15 %	80 %	7 %
Italiener	15 %	15 %	55 %
Puertorikaner	6 %	64 %	27 %
Tren	8 %	26 %	26 %

Im Wahlbezirk Harlem mit ausschließlicher Negerbevölkerung erhielt Lindsay 85,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.

Wenn auch der Wahlsieg Lindsays nicht überraschte, so ist sein Zustandekommen doch einmalig in der Geschichte New Yorks. Diese Stadt war immer eine Hochburg der Demokraten und wurde vor vier Jahren von Bürgermeister Lindsay für die Republikaner erobert. Bei der jetzt abgeschlossenen Bürgermeisterwahl konnte er nicht mehr für seine Partei kandidieren, da er bereits im Sommer 1969 bei den republikanischen Parteivorwahlen die Nominierung an den Parteifreund John J. Marchi abtreten mußte. Kurzenschlossen kandidierte dann Lindsay als parteiloser Liberaler mit dem Ergebnis, daß sein Wahlsieg sowohl die Republikaner als auch die Demokraten zur Überprüfung ihrer Politik zwingen muß. Erste Anzeichen hierfür ergaben sich bereits nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses, als der New Yorker republikanische Senator Charles E. Goodell bei seiner Gratulation zu Bürgermeister Lindsay sagte, daß die republikanische Partei auf die Lehre von New York eingehen müsse. In einer anschließenden Pressekonferenz erläuterte der Senator, die Wahlen in New York hätten gezeigt, daß die Unterstützung einer Partei dann wenig Bedeutung habe, wenn ein unabhängiger Gegenkandidat besser qualifiziert ist.

Ein weiteres Ereignis, das für den Wahlsieg von Lindsay mitbestimmend war, ist die Feststellung, daß nicht nur republikanische Wähler dem "Abtrünnigen" ihre Stimme gaben, sondern auch zahlreiche demokratische Parteimitglieder, angeführt von dem früheren Bürgermeister Robert Wagner. Bürgermeister Lindsay steht vor großen Aufgaben. Nicht von ungefähr heißt es in Amerika, daß nach dem Präsidenten der New Yorker Bürgermeister in seiner Verantwortung und Bedeutung der zweitwichtigste Platz im Staate ist. - Will Lindsay die Erwartungen seiner Wähler erfüllen, muß er unverzüglich ein entschlossenes Programm dringender notwendiger sozialer Reformen einleiten, die New York aus dem Morast, ihren Schwächen und Krisen herausführen.

## Erneute Kampagne gegen Jugoslawien

Die heftigsten Attacken kommen aus Ostberlin und Sofia

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Obgleich Belgrader Beobachter nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko Anfang September zunächst der Ansicht waren, in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und den anderen kommunistischen Ländern zeichne sich nun eine prinzipielle Verbesserung ab, dauert die Kampagne gegen die "jugoslawischen Revisionisten" auch weiter an.

### Gromyko konnte in Belgrad nicht überzeugen

Der Grund für die anhaltenden Feindseligkeiten zwischen Belgrad und den anderen kommunistischen Hauptstädten ist zunächst einmal in den mangelhaften Resultaten des erwähnten Gromyko-Besuches in Jugoslawien zu suchen. Gromyko war es in Belgrad nicht gelungen, den "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" auf eine eindeutig antichinesische Linie festzulegen. Ebenso mißlang ihm der Versuch, den jugoslawischen Ministerpräsidenten Mitja Ribičić vor einem allzu großen Vertrauen in einen eventuellen Wahlsieg der Sozialdemokraten zu warnen - bei Kontakten mit britischen Labourpolitikern habe er, Gromyko, immer mit der Lupe nach "sozialistischen Elementen" in ihrer Innen- und Außenpolitik suchen müssen, und ähnliches gelte für die Leute um Willy Brandt.

Weiter war es Gromyko nicht gelungen, die Jugoslawen davon zu überzeugen, daß die Fragen der europäischen Sicherheit nicht vor die UNO gehörten. Statt dessen widersetzten sich die Jugoslawen sogar dem Budapest-Konzept der Warschauer Paktstaaten, indem sie darauf hinwiesen, der bloße Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen den beiden Militärblöcken sei für die kleineren und mittleren Ländern Europas vollkommen unbefriedigend, und Belgrad werde daher alle Anstrengungen machen, um die sogenannte Neuner- bzw. Zwölfer-Gruppe am Leben zu erhalten, die sich nach Möglichkeit für ein eigenes Konzept der europäischen Sicherheit einsetzen würde. Da die Kontakte zwischen diesen neun bzw. zwölf kleinen und mittleren Staaten Europas jedoch sehr mühsam seien, sollte man sich außerdem mit der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz mehr Zeit lassen als es nun die Russen täten, die anfänglich, als die Jugoslawen selbst eine solche Konferenz vorgeschlagen hatten, dafür kein Interesse gezeigt hätten.

### Moskau mißtrauisch

Hingegen wurde Gromyko von seinen jugoslawischen Gesprächspartnern dazu gezwungen, die Erklärung von 1955 zu wiederholen, in der

Chruschtschow den Jugoslawen das Recht auf eine eigenständige Entwicklung zugebilligt hatte; hingegen zeigte sich Gromyko nicht bereit, durch eine Wiederholung auch der Erklärung von 1956 auch den anderen kommunistischen Staaten dieses Recht zuzusprechen. Und mit sichtbarer Langeweile hörte sich der sowjetische Staatsmann die jugoslawischen Ausführungen über die von Belgrad geführte Politik der Blockfreiheit an, zumal man in Moskau der Ansicht ist, diese Politik diene den Jugoslawen nur dazu, um von den Streitigkeiten zwischen den großen Blöcken soviel wie möglich Nutzen zu haben.

#### Peinlicher Zwischenfall

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgrad und Moskau, die demzufolge nicht ausgeräumt wurden, wurden später noch vertieft, als anlässlich des Treffens zwischen Breschnjew und Husak die Theorie von der begrenzten Souveränität der Länder des "sozialistischen Weltsystems" wieder in Erinnerung gerufen wurde, und als die Sowjets dann auch noch damit begannen, in Jugoslawien ohne Genehmigung der staatlichen Behörden Flugblätter und Propagandaschriften zu verteilen, fühlte sich das Exekutivbüro des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" sogar so stark verletzt, daß es eine eingehende Untersuchung dieses peinlichen Zwischenfalls anordnete.

#### Peking bleibt neutral

Auf der anderen Seite sah sich aber auch Moskau durch Tito enttäuscht, der noch unmittelbar vor dem Gromyko-Besuch in Jugoslawien eine Reinigung seines "Bundes der Kommunisten" von allen prowestlichen Elementen angekündigt hatte, später jedoch darauf verzichtete und sich statt dessen in einer anderen Rede sogar gegen alle osteuropäischen Versuche wehrte, den jugoslawischen Kommunisten den Verstand zu trüben.

Vor allem die orthodoxen Elemente in Osteuropa fanden auf diese Weise ausreichend Material, um schon unmittelbar nach dem Gromyko-Besuch das Feuer auf die jugoslawischen Kommunisten erneut zu eröffnen, wobei sich vor allem die Ostdeutschen und Bulgaren auszeichnen. Die Sowjets, die bei dieser Kampagne offenbar nur die Köden ziehen wollen, ohne sich selbst allzu stark zu exponieren, verweigern dem neuen jugoslawischen Botschafter in Moskau, Mićunović, den Einzug in die längst fertiggestellte neue Botschaft. Die Rumänen, Albaner und - mit gelegentlichen Ausnahmen - sogar die Chinesen beteiligen sich an dieser Kampagne gegen Jugoslawien bezeichnenderweise nicht.